Sitzung des Ausschusses für Soziales und Chancengleichheit vom 20.09.2016

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales und Chancengleichheit vom 20.09.2016

Zukunft des Ausländerrates/Migrationsrates Zuziehung von Sachverständigen gemäß § 33 Absatz 3 Gemeindeordnung hier: Herr Aleksander Ceh, 1. Vorsitzender des Beirats für Migration und Integration Alzey oder Stellvertretung

Beschlussvorlage 0213/2016/BV

Zu Beginn erinnert Bürgermeister Erichson an die Anmerkungen der Stadt Alzey, die er auch schon in der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Chancengleichheit am 05.07.2016 vorgetragen hat:

Während der Wahlvorbereitungszeit habe es keine offiziellen Bewerbervorstellungen gegeben. Informationen von Seiten der Stadt Alzey erhielten die ausländischen Mitbürger nur in deutscher Sprache. Lediglich ein Flyer einer Interessengruppe sei mehrsprachig ausgegeben worden. Die Wahlvorbereitungen und die öffentlichen Bekanntmachungen seien analog der Kommunalwahl durchgeführt worden.

Für die sieben zu vergebenden Sitze hätten sich 14 Bewerberinnen und Bewerber beworben. Jede Wählerin/jeder Wähler hätte sieben Stimmen gehabt, die auf 7 Personen hätte verteilt werden können. Eine Stimmenhäufung sei nicht zulässig gewesen. Wer die meisten Stimmen erhielt sei gewählt worden. Die sieben Personen mit den wenigsten Stimmen seien die Ersatzleute.

Es sei nur Briefwahl möglich gewesen. Den Wahlberechtigten seien die Briefwahlunterlagen automatisch zugesandt worden.

Der Verwaltung sei aufgefallen, dass sich aus den Interessengruppen immer wieder Hilfspersonen für die Unterstützung bei der Briefwahl angeboten hätten. Diese "aktive Unterstützung" führte nach Meinung der Stadt Alzey zu der hohen Wahlbeteiligung.

Zur Wahl zum Beirat für Migration und Integration der Stadt Alzey seien 2.097 Personen wahlberechtigt gewesen, davon hätten 997 Personen an der Wahl teilgenommen. Die Wahlbeteiligung betrug 47,5 Prozent.

Die Stimmabgabe von 988 Wählerinnen und Wählern sei gültig gewesen, von neun Wählerinnen und Wählern ungültig; das entspreche einem Prozent.

Herr Ceh erläutert die Gründe, die zu der hohen Wahlbeteiligung (47,5 Prozent bei der letzten Wahl) des Beirats für Migration und Integration in Alzey geführt haben:

- gute verwaltungstechnische Unterstützung (Büro mit Drucker und Kopierer)
- Durchsetzung von Islamunterricht an Schulen, dadurch weniger Koranunterricht
- Wahrnehmung der Interessen der Menschen und ihre Einbeziehung
- Alzey war Modellkommune in Rheinland-Pfalz und hatte dadurch finanzielle Unterstützung
- gute Zusammenarbeit mit den politischen Parteien

Es melden sich zu Wort:

Stadtrat Föhr, Stadträtin Stolz, Stadtrat Grasser, Stadtrat Holschuh, Stadtrat Kutsch, Herr Siegwald

Folgende Punkte werden angesprochen:

- Urwahl oder Ernennung von Migrantenorganisationen In der Gemeindeordnung in Rheinland-Pfalz ist festgelegt, dass eine Urwahl durchzuführen ist, bei der Personen ab 16 Jahren wahlberechtigt sind. Es gab aus Kostengründen in Alzey nur ein reines Briefwahlverfahren.
- Unterstützung durch den Leiter der Bürgerdienste und die Fraktionsvorsitzenden während des Wahlkampfs
- Einbeziehung der Migrantenorganisationen
- Vielfalt bei den Kandidaten (kultureller Hintergrund, Staatsangehörigkeit), nicht nur türkischstämmige Personen
- Wahlkampf (Informationstage, Plakate, auch konstruktive Diskussion beim Besuch in einer Shisha-Bar)
- Sitzungen des Beirats für Migration und Integration Alzey
 Die Sitzungen finden nach Themenbedarf alle ein bis vier Monate statt und beginnen meist um 17.00 Uhr. Der Beirat ist immer beschlussfähig gewesen.
- gute Zusammenarbeit und Unterstützung durch die Verwaltung (Bürgermeister ist Ansprechpartner), dem Gremium steht jährlich ein Budget von 5.000 Euro zur Verfügung
- Wahlrecht für eingebürgerte Personen, wenn sie sich in die Wahllisten eintragen lassen
- Antragsrecht bei Integrationsthemen
- Anzahl und Themen der Anträge
 Bisher gab es vier Anträge zu den Themen: Bestattung nach islamischem Ritus,
 Einrichtung einer Anti-Diskriminierungsstelle, weiterführende Schulen, Kauf eines
 Gebäudes zur Beratung von syrischen Flüchtlingen durch einen Verein.

Wolfgang Erichson
Bürgermeister

Ergebnis: einstimmig beschlossen